



100.000
 Todesopfer
 forderte
 der Krieg
 bisher.

Assad will Österreich als Syrien-Vermittler

Syriens Diktator setzt auf Austro-Diplomatie – aber:

Außenminister lehnt direkte Gespräche ab

Syriens Präsident Baschar al-Assad will Österreich oder Deutschland als Vermittler.

Damaskus/Wien. Mehr als 100.000 Tote, sechs Millionen Vertriebene, Giftgasangriffe auf Zivilisten, ein weitgehend zerstörtes Land: Das ist die Horrorbilanz des Bürgerkrieges in Syrien. Präsident Assad sucht nun nach einem Polit-Ausweg.

In einem Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin *Spiegel* sagte er: „Wenn ich nach Europa schaue, frage ich mich: Wer orientiert sich an der Wirklichkeit, an dem, was in unserer Region vorgeht? Deutschland und Österreich haben noch den objektivsten Blick, scheinen am ehes-

ten zu erfassen, was Realität ist“, sagte er wörtlich (siehe Interview rechts).

Wien will nur mit UN-Mandat in Syrien vermitteln

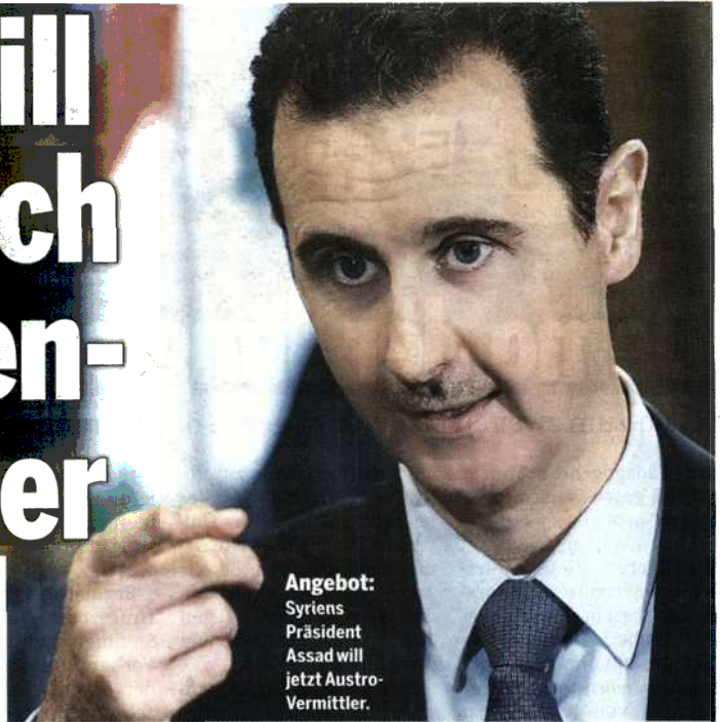
Indirekt forderte Assad damit die österreichische Regierung auf, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Doch das Außenministerium in Wien blockt den Vorschlag des Syrien-Machthabers ab: „Wir verweisen auf die laufenden Bemühungen seitens der UNO um eine Syrien-Friedenskonferenz in Genf“, hieß es dazu auf ÖSTERREICH-Anfrage. Und: „Das ist der Weg, den Syrien beschreiten sollte.“

Man wolle keine Parallelgespräche ohne Einbindung

der UNO oder der Europäischen Union. Spindelegger orientiert sich mit dieser Haltung an Deutschlands Noch-Außenminister Westerwelle. Er sagte Assad rigoros ab und meinte: „Der Weg zu einer Lösung führt nicht über einzelne Länder, die in den Konflikt eingreifen. Wir haben einen Sonderbeauftragten der UNO, dessen Vermittlungsbemühungen für eine politische Lösung wir unterstützen“.

Deutlich mutiger Altkanzler Franz Vranitzky: „Österreich sollte sich nicht verwehren.“ Ähnlich Hannes Androsch über eine Vermittler-Rolle: „Eine ehrenvolle Aufgabe für uns wäre das allemal.“

Karl Wendl



Angebot: Syriens Präsident Assad will jetzt Austro-Vermittler.

Bashar al-Assad im »Spiegel«-Interview:

»Österreich hat objektiven Blick«

Assad bringt Österreich und Deutschland als Vermittler ins Spiel.

SPIEGEL: Spielt Deutschland eine besondere Rolle für Sie?

BASHAR AL-ASSAD: „Wenn ich nach Europa schaue, frage ich mich: Wer orientiert sich an der Wirklichkeit, an dem, was in unserer Region vorgeht? Und davon ist jedes europäische Land weit entfernt. Deutschland und Österreich haben noch den objektivsten Blick, scheinen am ehesten zu erfassen, was Realität ist. Deutschland kommt dem am aller-nächsten.“

SPIEGEL: Könnte Deutschland eine Vermittlerrolle übernehmen?

ASSAD: „Ich würde mich freuen, wenn Gesandte aus Deutschland nach Damaskus kämen, um mit uns über die wahren Verhältnisse zu sprechen. Wenn sie mit uns reden, heißt das nicht, dass sie unsere Regierung unterstützen.“

SPIEGEL: Durch die Giftgas-

angriffe haben Sie Ihren Anspruch auf das Amt endgültig verwirkt ...

ASSAD: Wir haben keine



»Würde mich freuen, wenn Gesandte kämen«

Assad über Vermittler aus Europa

Chemiewaffen eingesetzt. Das ist falsch. Das Bild, das sie zeichnen, auch. **SPIEGEL:** Präsident Obama hat keine Zweifel, dass Ihr Regime Chemiewaffen eingesetzt hat.

ASSAD: Obama legt keinen einzigen Beweis vor, nicht einen Hauch von Beweis. Er hat nichts zu bieten.

Franz Vranitzky

»Österreich sollte sich nicht verwehren«

Ex-Kanzler: Grundsätzlich bietet man sich nicht selbst als Vermittler an. Wenn aber Österreich angesprochen werden würde, sollte es sich nicht verwehren. Es müsste aber ein explizites UN-Mandat geben oder im Rahmen einer Europäischen Union geschehen.



M. Spindelegger

»Verweisen auf UN-Angebote an Assad«

Außenminister: Wir haben eine ähnliche Haltung wie Deutschland, verweisen auf die laufenden Bemühungen seitens der UNO um ein Friedensabkommen. Das ist der Weg, den Syrien beschreiten soll. Es gibt klare Angebote, die sollte Assad annehmen.



H. Androsch

»Das wäre eine ehrenvolle Aufgabe«

Industrieller: Eine ehrenvolle Aufgabe für Österreich wäre das allemal, einen so brisanten Themenbereich in geordnete Bahnen zu lenken. Aber natürlich müssten alle Beteiligten wie USA und Russland dieser heiklen Aufgabe Österreichs zustimmen.

